

Die Gemeindewahlen in Sachsen.

15. November 1926

Ergebnisse aus Sachsen.

Dresden: Soz. 26, Dn. 9, DVP. 10, Komm. 10, Handwerk, 5, und G. 6, Dem. 5, Böttisch-Soz. Arbeitsgemeinschaft — NSP. 3, Zentrum 1, Freier Bürgerl. Ausschuss — Allg. Hausbei. 3, Einheitsliste der rec. Linken — Reichspartei für Volksrecht und Aufw. 2, (36 Bürgerl., Linke 36, NSP. 3.)
Pirna: Soz. 9, Komm. 7, Volksp. 4, Dn. 4, Wirtschaft. 4, Dem. 2, Kriegsbesch. 2, NSP. 1, Beamte und Angestellte 2
Chebnitz: Soz. 17, Komm. 14, Volksp. 8, Dn. 8, Wirtschaftsar. 8, Dem. 2, Nationalsoz. 1, Aufwertp. 3.
Zwickau: Soz. 15, Dn. 6, Komm. 9, Volksp. 6, Dem. 4, Mittelstand 3, Aufw. 2, Wirtschaft. Kartell 4.
Plauen i. V.: Wirtschaft. 18, Nationalsoz. 5, Soz. 12, Komm. 12, Dem. 2, Mieter 2, Christl. Soz. 1, Hirt und Herde 1, NSP. 1, Aufw. 5, Reichsp. des d. Mittelst. 1, Volksgemeinschaft, schwarz-weiß-rot 2.

Das amtliche Ergebnis der Landtagswahl

wurde Donnerstag 1 Uhr im Saale der Kreis-Hauptmannschaft durch den Landtagswahlleiter Geh. Regierungsrat Dr. v. Hengstenberg im Beisein der übrigen Mitglieder des Wahlausschusses verkündet.

Es sind im ganzen 2358263 gültige Stimmen abgegeben worden, die sich auf die einzelnen Parteien wie folgt verteilen:

Nationaldemokratie	97885	4	Sitze
Deutschnationale Volkspartei	341153	14	
Deutsche Volkspartei	292085	12	
Sozialdemokratische Partei	758005	31	
Kommunisten	312882	14	
Demokraten	111467	5	
Mittelstandspartei	237026	10	
Böttisch-Sozialer Arbeitsgemeinschaft	10356	—	
Zentrum	94089	—	
Nationalsozialisten	37725	2	
Reichspartei für Volksrecht und Aufwert.	98479	4	
Hausbesitzerverband	7011	—	
Zusammen	2358263	96	Sitze

Die 96 Kandidaten, deren Namen von uns bereits veröffentlicht worden sind, wurden als gewählt erklärt.

Der Vorsitzende teilte mit, der Wahlkreisleiter in Leipzig habe davon Kenntnis ersehen, daß die Unterzeichner, die von der Böttisch-Sozialen Arbeitsgemeinschaft gewählt worden sein sollten, von der Minimalpolizei geprüft wurden. Von dem Ergebnis werde es abhängen, was zu geschehen habe. Jedenfalls liege alles weiterhin in den Händen des Wahlprüfungs Ausschusses.

Die Berufe im neuen Landtag.

15. November 1926

Nicht uninteressant ist es, den neuen Landtag außer nach den Parteien nach den Berufen zu gliedern. Am zahlreichsten sind darnach die Arbeiter mit 17 Abgeordneten vertreten, aber dabei sind allerdings Leute wie der Kommunist Böttcher, der sich als Schriftsteller bezeichnet, aber wohl kaum noch als solcher tätig ist. An zweiter Stelle kommen mit je 13 Abgeordneten die Parteisekretäre und Gewerkschaftsbeamten und die Lehrer (vom Volksschullehrer bis zum Hochschuldozenten). Während sich jene ausschließlich auf die sogenannten Arbeiterparteien verteilen, sind Lehrer in allen Parteien mit Ausnahme der Nationalsozialisten und der Nationalsozialisten vertreten. Wieder folgen zwei gleichstarke Gruppen, der Syndizist und der Schriftleiter mit je 7 Abgeordneten, wobei die Schriftleiter ausschließlich auf die Linksparteien entfallen, während Nationalsozialisten und alle anderen Parteien keinen Journalisten eines Mandats für würdig erachten! Dafür sind sie aber mit Syndizist besetzt! Mit je 6 Abgeordneten folgen Richter und Rechtsanwälte, also die Juristen, und Fabrik-, Berg- und Bankdirektoren, fast ausschließlich auf der rechten Seite, mit Ausnahme des früheren Justizministers Neu, Seigners Nachfolgers. Mit je 5 Abgeordneten sind Einzelhändler und Gutsbesitzer vertreten. Von den Gutsbesitzern entfallen vier auf die Deutschnationalen, einer auf die S. P. D.! Außerdem verkehren fünf weibliche Abgeordnete das Haus, davon drei Linkssozialistinnen, eine Demokratin und eine Deutschnationale. Die anderen Parteien kommen auch ohne Frauen aus! Ferner sind Beamte und Ärzte einschließlich eines Dentisten mit je drei Abgeordneten, Handwerker und Gemeindebeamte (ein Oberbürgermeister und ein Stadtrat) mit je zwei Abgeordneten vertreten. Einjam in ihrem Beruf sind je ein Offizier und ein Baumeister. Unter den Abgeordneten sind auch vier aktive Minister, die aber in obigen Zahlen unter ihren eigentlichen Berufen bereits verzeichnet sind. Man sieht, daß manche Berufe (Lehrer, bürgerliche und sozialistische Syndizist usw.) viel zu stark im neuen Landtag vertreten sind. Welch ein Anflug ist es, daß etwa 25000 Lehrer 13 Abgeordnete haben, während ebensolche Staatsbeamte, wozu noch die zahlreichen Gemeindebeamten hinzukommen, nur durch drei Beamte vertreten sind. Von den Redakteuren der Linkspresse ist mindestens jeder achte Abgeordneter! Eine bessere Auswahl der Kandidaten könnte allen Parteien nichts schaden.

Die Wahlen in Polnisch-Oberschlesien.

15. November 1926

Starke deutsche Mehrheiten.

Die bisher vorliegenden Meldungen über die am gestrigen Sonntag in Polnisch-Oberschlesien abgehaltenen Gemeindewahlen bringen geradezu Ueberraschungen. So wird gemeldet, daß in den Landkreisen Tarnowitz und Lublitz die deutsche Mehrheit überwiegt, und zwar selbst in den Ortschaften, in denen während der Abstimmungszeit keine einzige deutsche Stimme abge-

Leipzig: Wirtschaftspol. Gemeinschaft 90 808, SPD. 124 800, Komm. 68 838, Dem. 19 431, Bött. Soz. 2454, NSP. 3750, Volksgemeinschaft 3668, Aufwert. 26 073, Nationalsoz. 3150, Mittelstand 17 531, NSP. 10 085. (Bürgerl. 32, Links 40, NSP. 1.)
Bischofswerda: Ver. Bürg. 2 Sitze, Beamte 4, Mittelstandsparteien 7, Soz. 6, Komm. 2.
Bauhen: Dn. 2876 (6 Sitze), Ver. Mittelp. 4676 (10) Wirtschaft. 1255 (2), Natlsoz. 168 (0), Hausbei. 536 (1), Allsoz. 675 (1), Soz. 5681 (11), Komm. 1812 (4).
Lößau: Bürg. 8 Sitze, Beamte 4, Soz. 7, Komm. 2.
Zittau: DVP. 2246 (4 Sitze), Mittelst. 3558 (7), Dem. 1970 (4), Festbei. 2141 (4), Soz. 4589 (7), Komm. 1033 (2).
Meißen: Wirtschaftl. Vereinig. 11, Soz. 17, Komm. 3, Nationalsoz. 2, Dem. 2, Wirtschaftspartei 2.
Großröhrsdorf: Bürg. 2002 (13 Sitze), Soz. 1704 (11), NSP. 403 (2), Komm. 194 (1).
Ruland: Bürg. 7 Sitze, Beamte 3, Soz. 5.
Ramenz: Bürg. 12, Linksp. 9.

geben wurden. Ebenso lauten die Meldungen aus den Kreisen Rabmit und Pleß. In der Stadt Pleß selbst haben die Deutschen 14 Mandate, die Polen 7, die Kustspartei 2 und die Wirtschaftspartei 1 Mandat erhalten. Aus Rattowitz liegen bisher die Ergebnisse aus 25 Bezirken vor. Die deutsche Volksgemeinschaft und die deutsche Sozialdemokratische Partei können mit Bestimmtheit auf eine Mehrheit von 60 v. H. im neuen Stadtverordnetenkollegium rechnen. Ebenso lauten die Ergebnisse aus Könnigsbütte. In den Industrieortschaften, wie Schoppinich, Eichenau und anderen Orten, haben die Deutschen ebenfalls erhebliche Mehrheiten erzielt. Da die Wahlen infolge der von der Regierung angeordneten Wahlpflicht eine außerordentlich starke Beteiligung des Publikums hervorgerufen haben, sind in den einzelnen Orten die Wahlen bis gegen 9 Uhr abends noch nicht zu Ende gewesen.

Die Bürgerlichswahlen in Lübeck.

Die Bürgerlichswahlen zeigen nach dem jetzt vorliegenden vorläufigen amtlichen Endergebnis folgendes Bild: Sozialdemokraten 31 839 Stimmen, 35 Mandate (28), Kommunisten 4751, 5 (10), Demokraten 1719 Stimmen, 2 Mandate (7), Liste Geiser 608 Stimmen, 0 Mandate (3), Zentrum 681, 1 Mandat (0), Hanseatischer Volksbund 32 940, 36 Mandate (32), Aufwertungspartei 977 Stimmen, 1 Mandat (0), Kriegsbeschädigte 638, 0 Mandate (0), Wahlbeteiligung 75 Prozent. Der Hanseatische Volksbund wird damit die stärkste Fraktion der kommenden Bürgerschaft bilden. Als Vergleichsziffern für die erreichten Mandate kann man die Sitze der im Jahre 1924 gebildeten Bürgerlichsgemeinschaft, eines Teiles der Haus- und Grundbesitzer und der Böttischen Gruppen annehmen, die zusammen 32 Mandate hatten.

Die Gemeindewahlen in Baden.

Nach den bisher vorliegenden Meldungen setzen sich die hauptsächlichsten Stadtparlamente wie folgt zusammen: Karlsruhe: Soz. 23, Komm. 6, Dem. 5, Zentr. 19, Dn. 9, DVP. 13, Aufwert. 5, Wirtschaftl. Parteien 4. — Mannheim: Soz. 27, Anabh. 1, Komm. 14, Dem. 14, Dn. 3, DVP. 11, Aufwert. 2, Wirtschaftl. Parteien 5, Sonstige 1. — Freiburg: Soz. 19, Komm. 3, Dem. 4, Zentr. 29, Dn. und DVP. 10, Aufwert. 5, Wirtschaftl. Parteien 14. — Heidelberg: Soz. 21, Komm. 10, Dem. 9, Zentr. 14, Dn. 15, DVP. 9, Aufwert. 4. — Pforzheim: Soz. 22, Komm. 6, Dem. 5, Zentr. 5, Ver. Bürgerliste 13, DVP. 11, Aufwert. 6, Wirtschaftl. Parteien 11, Sonstige 5. — Konstanz: Soz. 13, Komm. 11, Dem. 10, Zentr. 31, Ver. Bürgerliste 4, DVP. 4, Wirtschaftl. Parteien 7, Bött. und Nationalsoz. 9. — Offenburg: Soz. 11, Komm. 4, Dem. 7, Zentr. 28, Ver. Bürgerliste 5, DVP. 4, Wirtschaftl. Parteien 11. — Baden: Soz. 15, Komm. 4, Dem. 18, Zentr. 28, Rechtsblock 5, DVP. 13.

England und Rußland.

15. November 1926

Wie der Oberver aus Moskau berichtet, führt die Nitwestia an leitender Stelle zu der Erklärung Chamberlains im Unterhaus über die Bedingungen der durch die Wiederaufnahme russisch-englischer Verhandlungen aus, daß sie ein Beweis dafür seien, daß England kein Abkommen wünsche. Die Nitwestia erklärt, daß die in England befindliche sowjetrussische Handelsorganisation sich von jeder Propaganda ferngehalten habe und fragt, ob man ernsthaft daran denken könne, daß die sowjetrussische Regierung der kommunistischen Internationale das Existenzrecht in Moskau abtreibe und die russische Hilfe für die englischen Bergarbeiter verbieten werde. Das Blatt schließt mit den Worten: Durch die Stellung dieser absurden unerfüllbaren Bedingungen zeigt uns Außen Chamberlain, daß er kein Abkommen mit Sowjetrußland wünsche. Einem weiteren Bericht des Korrespondenten des Oberver aus Moskau zufolge streitet man in Kreisen des sowjetrussischen Außenkommissariats ab, daß der Odeffa-Konferenz irgendwelche politische Bedeutung zuzuschreiben sei. Der Besuch des türkischen Außenministers wird als ein Zeichen der sowjetrussisch-türkischen Freundschaft begrüßt. Es verlautet in Moskau, daß der Abschluß eines russisch-türkischen Handelsvertrages und die Frage der türkischen Haltung gegenüber dem Völkerbund sich unter den zur Erörterung stehenden Fragen befinden habe. Das Blatt ist der Ansicht, daß die Initiative für diese Zusammenkunft von türkischer Seite ausgegangen sei. Die Gerüchte über die bevorstehende Bildung eines Bundes der asiatischen Nationen unter russischer Führung wird als jeder Grundlage entbehrend bezeichnet.

Die Abrüstungsforderungen an Deutschland.

15. November 1926

Die englische Presse beschäftigt sich sehr lebhaft mit dem Abrüstungsproblem. Die „Times“ betonen an leitender Stelle, daß den Problemen, die noch zu erörtern seien, an und für sich nur untergeordnete Bedeutung zukomme. Zweifellos bestehe die Hauptnotwendigkeit nunmehr darin, daß die Verfehlungen Deutschlands in bezug auf die militärischen Klauseln des Versailler Vertrags genau und endgültig spezifiziert würden. Die an Deutschland zu stellenden Forderungen müßten in einer solchen Form abgefaßt werden, daß die Möglichkeit ihrer Erfüllung oder Nichterfüllung klar erkennen lassen. Der diplomatische Korrespondent des Daily Telegraph spricht von neuen Schwierigkeiten, die zwischen der deutschen Regierung und der Völkerbundskommission in der Frage des Vorhandenseins von Maschinenfabriken entstanden seien, die sowohl für kriegerische wie für industrielle Zwecke benutzt werden könnten und der Frage des Exports von gewissen Produkten der chemischen Industrie die, wie man behauptet, zu militärischen Zwecken verwendet werden könnten. Auch in bezug auf die Konstitution und die Funktionen der Völkerbundskontrollkommission wird die deutsche Delegation starke Einwände erheben, besonders gegen die Ernennung eines französischen Generals als Präsidenten.

Um die Ratifizierung des Washingtoner Schuldenabkommens.

Paris, 15. Nov. In der gestrigen Hauptversammlung der republikanischen Vereinigung des Deparments Indre hielt der frühere Präsident der Reparationskommission Dubois eine Rede, in der er sich gegen die Ratifizierung der Schuldenabkommen aussprach und eine Sicherheits- und Transierklausel forderte.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 13. November 1926.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 12 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Handelsvertrages mit der Schweiz.

Abg. Freiherr von Stauffenberg (Dnat.) berichtet über die Verhandlungen des handelspolitischen Ausschusses. Der Ausschuss hat den Vertrag mit 14 gegen 11 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten die Böttischen, die Deutschnationalen, die Wirtschaftliche Vereinigung, die Bayerische Volkspartei und die Kommunisten.

Der Vertrag wurde in zweiter und dritter Lesung mit knapper Mehrheit angenommen.

Ohne Aussprache angenommen wurde die Vereinbarung mit Frankreich über den Warenaustausch zwischen Deutschland und dem Saargebiet.

Es folgt die zweite Beratung des vorläufigen Handelsabkommens mit Frankreich. Der Auswärtige Ausschuss ersucht die Reichsregierung, durch Verhandlungen mit der französischen Regierung die gleiche Behandlung der deutschen Reichsangehörigen wie den Angehörigen der anderen Völkerbundsmittglieder in bezug auf Einreise, Niederlassung, Landerwerb und sonstige wirtschaftliche Betätigung in den französischen Mandatsgebieten, die in den vom Völkerbund genehmigten Mandaten festgelegt ist, sicherzustellen und ebenso den Wegfall aller noch gegen deutsche Reichsangehörige in ionitigen Gebieten bestehenden Ausnahmebestimmungen herbeizuführen sowie auf baldige Beilegung der Erhebung der 20prozentigen Reparationsexportabgabe mit Frankreich zu dringen und keinen offiziellen Handelsvertrag abzuschließen, ohne daß dieses Ziel vorher erreicht ist.

Deutschnationale und kommunistische Änderungsanträge werden dann abgelehnt. Die Vorlage wird in zweiter und dritter Lesung gegen Deutschnationale, Böttische und Kommunisten angenommen. Ohne Aussprache stimmt dann das Haus dem Antrag des Geschäftsausschusses zu, nach dem das vor dem Reichsgericht schwebende Verfahren gegen die kommunistischen Abgeordneten Stöcker, Koenen, Kemmel, Hedert, Hörnle und Pfeiffer wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens im Spätherbst 1923 bis zu den im Sommer 1927 eintretenden Ferien des Reichstags einzustellen ist.

Die innerpolitische Aussprache wird darauf fortgesetzt.

Abg. Feder (Bött.) wendet sich gegen den Auspruch eines volksparteilichen Abgeordneten, man solle dem Staate dienen wie er ist. Die Finanzpolitik Dr. Reimolds müsse bekämpft werden. Sie komme nur der Großindustrie und den Großbanken zugute.

Abg. Dr. Spahn (Dnat.) kommt auf die geistigen Ausführungen des Abg. Dr. Schreiber (Zentr.) zurück und erklärt: In dem Augenblick, wo das Zentrum seinen Willen kundgibt, das Schulgesetz mit den anderen christlichen Parteien gemeinsam zu machen, werden wir in der ernsthaftesten und vorurteilslosesten Weise zusammenarbeiten (Beifall bei den Deutschnationalen, Handbeklatschen auf den Tribünen).

Abg. Borrmann (Wirtschaftl. Vgg.) tritt für die Aufhebung des Verkaufsrechts der Bahnhofsverkaufshändler ein. Die Kontrollen bei den kleinen Gewerbetreibenden seitens der Finanzämter arte vielfach in Schikanen aus.

Damit schließt die Aussprache. Die sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge über den Aufenthalt der Mitglieder vormaliger landesherrlicher Familien im Reichsgebiet wurde dem Rechtsausschuss überwiesen, ebenfalls der böttische Antrag auf Aufhebung des Redeverbotes für Adolf Hitler.

Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung Montag den 22. November nachmittags 3 Uhr: Außenpolitische Aussprache.